

Oskar Weggel

China und Südostasien

Beijing startet eine neue ASEAN-Kampagne

Gliederung:

- 1 Li Pengs Zwei-Nationen-Reise nach Malaysia und Singapur
 - 1.1 Die Visite
 - 1.2 Zwei Anlässe
 - 1.3 Malaysia: Abstimmung in der EAEC- und in der Menschenrechtsfrage
 - 1.4 Singapur
- 2 Blick zurück in Chinas „revolutionäre“ Vergangenheit
 - 2.1 Erinnerungen, die bei der ASEAN Narben hinterlassen haben
 - 2.2 Aufhellung des chinesisch-ASEANischen Verhältnisses als Folge dreier epochaler Ereignisse
 - 2.2.1 Das Moskau-Syndrom und die Konsequenzen für Beijings Außenpolitik
 - 2.2.2 Der Umbruch in Indochina und der chinesische Sculterschluß mit der ASEAN
 - 2.2.3 Dengs Reformpolitik und die außenpolitische Metamorphose der VR China
- 3 Zukunftsperspektiven im Verhältnis zwischen ASEAN und China: Zwischen Unbehagen und Hoffnung
 - 3.1 Drei ASEAN-Ängste als Annäherungshindernisse
 - 3.1.1 Die Angst vor der „chinesischen Gefahr“
 - 3.1.2 Spratly
 - 3.1.3 Die „unheimliche“ Huaren-Präsenz
 - 3.1.4 Einbindung Beijings, jedoch ohne Containment!
 - 3.2 Das Annäherungsinteresse Chinas
 - 3.2.1 Gemeinsamkeiten
 - 3.2.2 Die Suche nach einer neuen regionalen Ordnung: „Greater ASEAN“ als „Pol“ im neuen asiatischen Gleichgewichtsmechanismus
 - 3.2.3 Wie zuverlässig sind die ASEAN-Länder?
 - 3.3 „Maximierung der Gemeinsamkeiten, Minimierung der Konflikte!“
 - 3.3.1 Gesucht: Eine gemeinsame politische Zukunft
 - 3.3.2 Gesucht: Auch eine gemeinsame wirtschaftliche Zukunft
 - 3.3.2.1 Die außenwirtschaftliche Erfolgsbilanz
 - 3.3.2.2 Ein Novum in der Außenpolitik der VR China: Feuerwehrhilfe bei der Stabilisierung von ASEAN-Währungen

1

Li Pengs Zwei-Nationen-Reise nach Malaysia und Singapur

1.1

Die Visite

Vom 21. bis 26. August 1997 besuchte Ministerpräsident Li Peng die beiden ASEAN-Mitglieder Malaysia und Singapur. All seine Ansprachen und Initiativen waren bei

diesen Visiten so aufgebaut, als richteten sie sich an alle neun Mitglieder, u.a. also auch an Laos und Birma, die nur einen Monat vorher in die Allianz aufgenommen worden waren. In Malaysia, wo Li in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident zuletzt im Dezember 1990 gewesen war, hielt sich der Gast diesmal vier Tage lang auf - also die meiste Zeit seiner insgesamt sechstägigen Südostasiensite.

Die beiden Länder hatten in den vergangenen Jahren mehrmals hohe Besucher aus der VR China empfangen: Im August und Dezember 1990 z.B. hatte Li Peng bereits einmal Singapur und Malaysia besucht; im Januar 1992 war der damalige Präsident Yang Shangkun und im November 1994 Staatspräsident Jiang Zemin Gast in beiden Ländern gewesen.

1.2

Zwei Anlässe

Zwei Anlässe hatte es für die erneute Besuchsreise Li Pengs gegeben:

Erstens war der 30. Jahrestag der Gründung der ASEAN zu feiern, die am 8.8.1967 in Bangkok aus der Taufe gehoben worden war.¹

Bereits am 8. August hatte Jiang Zemin dem philippinischen Staatspräsidenten und Vorsitzenden der ASEAN, Fidel Ramos, eine Gratulationsadresse anlässlich des 30. Jahrestags der ASEAN-Gründung übersandt.² Obwohl in diesem Schreiben von den chinesisch-philippinischen Streitigkeiten um das Mischief-Island mit keinem Wort die Rede war, ließ es indirekt doch den chinesischen Wunsch erkennen, alle Streitigkeiten, auch die um die Mischief-Inseln, möglichst friedlich beizulegen.

Zweitens galt es, das für Dezember 1997 geplante Gipfeltreffen von neun ASEAN-Regierungen mit den Regierungen von China, Japan und Südkorea vorzubereiten, also über eine Institution zu sprechen, die in dieser Zusammensetzung das erste panasiatische Spitzenforum ohne Beteiligung der USA sein würde und als solche den Vorstellungen des malaysischen Ministerpräsidenten Mahathir von einer EAEC (East Asian Economic Caucus) schon recht nahe käme.³

1.3

Malaysia: Abstimmung in der EAEC- und in der Menschenrechtsfrage

Höhepunkt der Malaysia-Visite Li Pengs war eine Rede, die den bezeichnenden Titel „Hin zu einer Beziehung der Freundschaft und der guten Nachbarschaft, die bis ins 21. Jh. hinein dauert“ trug.

Eine ähnliche Grundsatzrede hielt er wenige Tage später in Singapur unter dem Motto „Für eine gegenseitig vorteilhafte Kooperation und für gemeinsamen Wohlstand“.⁴

Bei den Gesprächen mit der malaysischen Regierung standen vor allem zwei Themen im Vordergrund, nämlich die EAEC- und die Menschenrechtsfrage.

- EAEC: Wie oben bereits erwähnt, soll im Dezember 1997 eine Konferenz der 9 ASEAN- und dreier ostasiatischer Staaten (VR China, Japan, Südkorea) stattfinden, die dem seit Jahren verfochtenen Regionalkonzept

¹XNA, 28.8.97.

²XNA, 8.8.97.

³Näheres dazu unten 1.3.

⁴XNA, 28.8.97.

Mahathirs von einem „East Asian Economic Caucus“ (EAEC) nahekommt, das sich mit der Formel „APEC minus nichtasiatische Staaten (=USA, Australien, Neuseeland, iberamerikanische Staaten)“ wiedergeben ließe.

Wird es hier in Zukunft ein Entweder/Oder (APEC oder EAEC) oder aber ein Sowohl/Als auch geben? Man ist geneigt, eher die zweite Option zu erwarten, da die meisten asiatischen Staaten die USA nicht vor den Kopf gestoßen sehen möchten, sondern auf eine fortbestehende US-Militärpräsenz in der Region Wert legen: Dies gilt nicht nur für Thailand und die Philippinen, sondern auch für Singapur und nicht zuletzt für Indonesien, dessen Konflikte mit China noch lange nicht ausgeräumt sind und sich zuletzt erst wieder in der Natuna-Frage (1996) konkretisiert haben.⁵

Es ist die insgeheim befürchtete „chinesische Gefahr“, die das zwiespältige Verhältnis der ASEAN-Länder zu den USA begründet: Auf der einen Seite fürchten sie die Einmischungversuche der amerikanischen Weltmacht, auf der anderen Seite aber wollen sie auf den militärischen Schutz durch Washington nicht verzichten.

Welche Ziele sollen mit dieser Gipfelkonferenz vom Dezember erreicht werden? Offensichtlich folgen ASEAN und China hier ähnlichen Vorstellungen:

Die ASEAN, die in ihren frühen Jahren bereits enge Beziehungen zu den USA, Europa und anderen westlichen Staaten, aber auch zu Japan und Südkorea entwickelt hatte, sieht nun offensichtlich den Zeitpunkt für gekommen, auch zu Beijing hin eine berechenbare Plattform zu errichten, die VRCh also stärker „einzubinden“ und Kontakte herzustellen, die erstens personeller und informeller Art sind, insofern sich die Politiker besser gegenseitig kennen und verstehen lernen sollen, die aber letztlich auch darauf hinauslaufen sollen, eine neue Dreieckskonstellation herzustellen, deren Ecken von China, Südostasien und Nordostasien (Japan + Südkorea) gebildet werden. Die ASEAN-Länder müssen daran interessiert sein, daß es in diesem Dreieck zu keinen Verspannungen kommt. So wäre es aus ihrer Sicht höchst verhängnisvoll, betriebe beispielsweise Japan gemeinsam mit den USA weiterhin eine Containment-Politik gegenüber der VR China. China darf vielmehr keinesfalls dämonisiert und zu jenem Feind Nr.1 hochstilisiert werden, als der die untergegangene Sowjetunion lange Zeit galt.

Die ASEAN-Länder könnten einer solchen Entwicklung nicht tatenlos zusehen. Dies wurde nicht zuletzt im Zusammenhang mit der neuen US-japanischen Sicherheitsdebatte deutlich, die Mitte 1997 einsetzte und in deren Gefolge sich zwei Vorstellungen herauszubilden begannen, die der VR China Unbehagen verursachten, nämlich (1) die Erweiterung der militärischen Rolle Japans in Asien und (2) die Einbeziehung Taiwans ins japanisch-amerikanische Sicherheitsglacis.

Ob auf Initiative Beijings oder nicht: Ende August schaltete sich der singapurische Ministerpräsident Goh in die Diskussion ein und forderte Japan dazu auf, nicht weiter die chinesische Reizschwelle zu erproben. Japan solle eine Politik der konstruktiven Einbindung, nicht aber der Eindämmung Chinas betreiben. Wenn Japan darüber hinaus auf einer Einbeziehung Taiwans in seine Sicherheitsüberlegungen bestehe, so könne dies zu ernsthaften Spannungen im chinesisch-japanischen Verhältnis führen. Diese Ermahnungen Gohs wurden von vielen westlichen

Kommentaren⁶ als ungewöhnlich „offen“ („outspoken“) empfunden.

- Menschenrechte: Nicht ohne Enthusiasmus - und Genußgenuss - nahm Li Peng auch den Vorschlag Mahathirs zur Kenntnis, die Menschenrechtsdeklaration solle neu diskutiert und im Lichte asiatischer Auffassungen überarbeitet werden.⁷

1.4

Singapur

In Singapur drehte sich alles um die beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen.

An die Adresse Singapurs gerichtet hatte Beijing schon seit langem immer wieder betont, wie wichtig nicht nur der Stadtstaat für die chinesische Welt, sondern wie umgekehrt auch die chinesische Welt für das wirtschaftliche Wohlergehen Singapurs sei. Hongkong, Taiwan und die Volksrepublik seien Singapurs viert-, neunt- und zehntgrößten Export- und seine zehnt-, acht- und siebtgrößten Importmärkte. Ende 1995 habe es über 70 chinesische Unternehmen aller Art in Singapur gegeben, die sich dort im Banken-, im Versicherungs-, im Transport-, im Produktions- sowie im Handels- und im Arbeitsbereich betätigten.⁸

Die singapurische Seite ließ sich gern auf dieses Thema ein und warf den Chinesen einen weiteren Ball zu: 1996 habe der chinesisch-singapurische Handel 7,3 Mrd. US\$ erreicht, hieß es.⁹ Singapur wolle sich bemühen, diesen Handel noch weiter zu erhöhen, zumal die chinesische Wirtschaft boome und über das ganze letzte Jahrzehnt hinweg Wachstumsraten von jährlich über 10% erzielt habe. Halte das gegenwärtige Wachstum an, so könne China in 20 oder 30 Jahren bereits zur BIP-Macht Nr.1 in der Welt aufsteigen, betonte Singapurs Ministerpräsident Goh Chok Tong.¹⁰

Man bemühe sich von Seiten Singapurs, das menschliche Klima zu den Partnern in der Volksrepublik noch „wärmer“ werden zu lassen.¹¹

Li Peng spann den Faden weiter: Zwischen 1992 und 1996 habe sich der beiderseitige Handelsaustausch verdoppelt. Singapur habe darüber hinaus in China bis Ende 1996 23 Mrd. US\$ investiert und sei damit zum fünftgrößten Investor geworden. Besonderes Interesse beanspruche im beiderseitigen Verhältnis das sog. „Suzhou-Projekt“, das als Versuch gilt, das Erfolgsmodell Singapur in China zu implantieren und dann - vielleicht in späterer Nachfolge - weitere 20 bis 30 „Singapurs“ auf China zu übertragen. Insgesamt sind von singapurischen Unternehmen - und auch vom Staat Singapur - bisher 6.900 Projekte in der VR China initiiert worden, angefangen von Herstellungsbetrieben über die Entwicklung von Industrieparks bis hin zu Dienstleistungsunternehmen im Bereich des Eigentums und der Infrastruktur.¹²

In Singapur traf Li Peng auch mit dem früheren Ministerpräsidenten des Stadtstaats, Lee Kuan Yew, zusammen, der nicht zu Unrecht auch heute noch als graue Eminenz der Singapurpolitik gilt und der im übrigen auch

⁶FT, 30.8.97.

⁷XNA, 23.8.97.

⁸Wen Wei Po, 21.8.97, S.3, SWB, 26.8.97. Errichtung diplomatischer Beziehungen mit Singapur: 1990, XNA, 25.8.97.

⁹XNA, 26.8.97.

¹⁰Ebd.

¹¹Ebd.

¹²XNA, 27.8.97.

⁵Dazu C.a., 1996/9, Ü 2.

von der VR China als Berater - sowie als Präsident der Konfuzius-Gesellschaft - in Ehren gehalten wird.¹³

Das Thema „Hongkong“ kam in Singapur nur am Rande zur Sprache. Li betonte, daß die ehemalige Kronkolonie 50 Jahre lang gemäß der von Deng Xiaoping begründeten Theorie „ein Land, zwei Systeme“ behandelt werde. Von Konkurrenzverhältnissen zwischen Singapur und Hongkong war dagegen aus wohlverstandem Interesse nirgends die Rede.¹⁴

2

Blick zurück in Chinas „revolutionäre“ Vergangenheit

2.1

Erinnerungen, die bei der ASEAN Narben hinterlassen haben

Sieht man einmal vom Verhältnis der VRCh zur ehemaligen Sowjetunion ab, so hat Beijing keinem anderen Erdteil gegenüber eine ähnlich feberkurvenhaft verlaufende politische Linie gesteuert wie gegenüber Südostasien - und nun gar gegenüber der 1967 im Geiste des Antikommunismus gegründeten ASEAN („Association of Southeast Asian Nations“), zu deren ursprünglichem Mitgliederbestand von nur 5 Nationen (Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand) am 1.1.84 Brunei als sechster Staat hinzustieß, Vietnam 1996 als Mitglied Nr.7 hinzukam und der sich schließlich 1997 auch noch Laos und Myanmar anschlossen, so daß von allen zehn südostasiatischen Staaten heutzutage nur noch Kambodscha im Abseits bleibt.

Es war die maoistische Linke Strategie, die mit Hilfe von lokalen Guerillabewegungen gut zweieinhalb Jahrzehnte lang gegen die etablierten Regierungen der ASEAN-Staaten laborierte, und die bei ihnen - aller sonstigen Unterschiedlichkeit zum Trotz - das gemeinsame Gefühl einer Bedrohung von Seiten Chinas hinterließ und sie dazu veranlaßte, sich zu einem antikommunistischen (in Wirklichkeit aber: antichinesischem) Abwehrbündnis zusammenzuschließen.

- Auf der Malaiischen Halbinsel brauchten die Commonwealth-Truppen 12 Jahre (1948-1960), um den - hauptsächlich von Auslandschinesen getragenen und von Beijing insgeheim mitunterstützten - kommunistischen Aufstand niederzukämpfen.

- Thailand, das bereits 1954 der SEATO, also dem von den USA organisierten südostasiatischen Verteidigungsbündnis, beigetreten war, hat erleben müssen, wie unter der Führung der chinesisch inspirierten KPTh linke Massenorganisationen, z.B. die „Vereinigte Patriotische Front Thailands“ (1965) und schließlich sogar eine „Thailändische Volksbefreiungsarmee“ (1.1.1969) aus dem Boden wuchsen. Erklärtes Ziel all dieser Neugründungen war es, „mit Hilfe der Bauern Stützpunkte auf dem Lande zu errichten, von den Dörfern her die Städte einzukreisen und schließlich die Staatsmacht zu erobern“, wobei die „Mao-Zedong-Ideen“ erklärtermaßen als Leitlinie dienen sollten. Unterstützt wurden diese Bestrebungen durch den Partisanensender „Stimme des thailändischen Volkes“, der von Südkina aus auf Sendung gegangen war.

- Auf den Philippinen hatte China den Aufbau der 1968 proklamierten „Neuen Volksarmee“ unterstützt, die

von der kurz vorher gegründeten KPPH(ML) geführt wurde und die sich als maoistischer Widerpart zur alten, ebenfalls gegen die Regierung kämpfenden, aber angeblich „bequem gewordenen“ - und moskauorientierten - KP-Organisation verstand. Durch ihr Bündnis mit der regierungsfeindlichen Muslimbewegung auf Mindanao und Sulu sorgte sie für eine brisante Mischung aus sozialrevolutionärem und ethnischem (Minoritäten-) Zündstoff.

- Auch dem Stadtstaat Singapur hatte der chinesische Wind lange Zeit ins Gesicht geblasen. „Zuständig“ für Singapur war hier (auch nach Herauslösung des Stadtstaats aus dem malaiischen Staatenverband im Jahre 1965) die KP Malaias geblieben, die ja damals noch enge Kontakte zu Beijing unterhielt. Aus chinesischer Sicht galt das 1963 gegründete Malaysia als „Dolch des britischen Kolonialismus im Herzen Asiens“.

- Was schließlich Indonesien anbelangt, so fühlte sich die VR China zwar spätestens seit der Bandung-Konferenz von 1955 dem Regime Sukarnos in einer Art „revolutionären Wahlverwandtschaft“ verbunden. Trotz zahlreicher Meinungsverschiedenheiten - vor allem in der Auslandschinesenfrage - war es damals zu einem vielfachen außenpolitischen Schulterschluß gekommen, vor allem beim gemeinsamen Kampf Indonesiens gegen die Niederländer und die Briten, in wachsendem Maße auch gegen die amerikanische Präsenz in Südostasien. In Verfolgung seiner „antiimperialistischen und antikolonialistischen“ Ziele hatte Sukarno 1963 seine von Beijing sogleich begeistert begrüßte Zwei-Lager-Strategie entwickelt, die den Kampf der NEFOS (New Emerging Forces) unter der Führung Indonesiens gegen die OLDEFOS (Old Established Forces) postulierte. Beijing applaudierte auch dem Plan Sukarnos zur Gründung einer CONEFO (Conference of the New Emerging Forces), einer Art Gegen-UNO, sowie der GANEFO, einer Gegenveranstaltung zur Olympiade.

Als Sukarno zwischen 1963 und 1966 seine „Konfrontationspolitik“ gegen die im September 1963 gegründete Föderation Malaysia einfädelt und dabei auch den Widerstand der USA und Großbritanniens in Kauf nahm, konnte er sogleich auf die Unterstützung seiner chinesischen „Freunde“ rechnen. Die neuentstandene Achse Beijing-Jakarta mußte der chinesischen Führung um so willkommener sein, als ja auch die größte südostasiatische kommunistische Partei, nämlich die von Aidit angeführte PKI, nahezu deckungsgleich mit Sukarno argumentierte und agierte. Zwischen PKI, Präsidentenamt und der chinesischen Botschaft in Jakarta entstand damals jenes Machtdreieck, das von den kommunistusfeindlichen Kräften Indonesiens als Zentrum einer Verschwörung verdächtigt und beim Umsturz im September 1965 sogleich aufs Korn genommen wurde: Hunderttausende von Kommunisten wurden damals getötet, die PKI zerschlagen, Sukarno von der Macht abgedrängt und der diplomatische Faden Jakartas zu Beijing abgeschnitten. Die neue Regierung unter General Suharto räumte sowohl mit der Innen- als auch mit der Außenpolitik Sukarnos auf und schlug außenpolitisch einen prowestlichen sowie von nun an strikt antimaoistischen Kurs ein. Sieht man vom Bruch zwischen Beijing und Moskau ab, so war China noch nie mit einer so verheerenden außenpolitischen Niederlage konfrontiert worden wie 1965 in Indonesien. Die gesamte, so sorgfältig durchkalkulierte Südostasienpolitik der VRCh hatte sich damals gleichsam über Nacht

¹³Ebd.

¹⁴XNA, 26.8.97.

in einen Scherbenhaufen verwandelt. Gleichzeitig hatte Beijing mit dem Untergang seiner Beziehungen zur PKI auch die Möglichkeit verloren, Indonesien mittels einer linken Strategie von innen her „revolutionär“ umzugestalten oder gar einen Guerillakrieg im Stile der malaiischen Emergency zu entfachen. Man hätte dem Indonesien Suhartos damals so gerne geschadet, doch fehlten leider die Mittel dazu!

2.2

Aufhellung des chinesisch-ASEANischen Verhältnisses als Folge dreier epochaler Ereignisse

Aufzuhellen begann sich das Verhältnis der VRCh zu den ASEAN-Staaten erst mit drei aufwühlenden Ereignissen, nämlich mit der Verschärfung des Konflikts gegenüber Moskau, in dessen Zeichen die ASEAN aus der Sicht Beijings wie ein „antihegemonistisches“ Hoffnungszeichen aufzuschimmern begann, zweitens mit dem Einmarsch des der UdSSR so lange Zeit eng verbundenen Vietnam in Kambodscha im Januar 1979 und drittens mit dem fast zeitgleichen Beginn der Reformpolitik Deng Xiaopings im Dezember 1978, die - unter einem abermals veränderten Gesichtswinkel - zu einer grundlegenden Neubewertung der ASEAN führte.

2.2.1

Das Moskau-Syndrom und die Konsequenzen für Beijings Außenpolitik

Schon 1974 hatte Beijing mit Malaysia und 1975 mit den Philippinen sowie mit Thailand diplomatische Beziehungen aufgenommen. Hierbei hatte sich die VR China mit diesen drei Staaten nicht nur in der delikaten Frage der Auslandschinesen einigen können (Zugeständnis, daß fortan keine Doppelstaatsangehörigkeit mehr anerkannt werde!), sondern hatte auch die für die ASEAN-Regierungen so bedeutungsschwere „Antihegemonie-Klausel“ unterzeichnet, derzufolge es künftig keiner Macht mehr gestattet sein sollte, in der Region „nach Vorherrschaft zu trachten oder Einflußsphären ... zu schaffen“. Gleichzeitig war das Recht der einzelnen Staaten auf Unabhängigkeit, Souveränität und Einmischungsfreiheit anerkannt worden - letzteres ein Versprechen Chinas, auch mit der - als solche niemals offen eingestandenen - Unterstützung lokaler KPs aufzuhören. Lediglich in Indonesien war China mit dieser neuen Politik weiterhin auf Vorbehalte gestoßen. Was schließlich Singapur anbelangte, das wegen seines hohen Chinesenanteils (über 80%) in der Region immer schon im Ruf eines chinesischen Vorpostens, ja eines „dritten China“ gestanden hatte, so war es allen Besorgnissen dadurch entgegengetreten, daß es auf offizielle Beziehungen zur Volksrepublik verzichtete. Erst viele Jahre später - 1990 - kam es dann auch hier zu einer Begründung formeller diplomatischer Beziehungen.

2.2.2

Der Umbruch in Indochina und der chinesische Schulterenschluß mit der ASEAN

Darüber hinaus hatte der Sieg der kommunistischen Bewegungen in den drei Ländern Indochinas (1975) sowie der damit einhergegangene Bruch Beijings mit Hanoi einen weiteren Anstoß zur Beschleunigung des Aussöhnungsprozesses zwischen China und den ASEAN-Staaten gegeben: Die Fünf waren nach 1975 noch enger zusammengedrückt, hatten seitdem außenpolitisch mit ei-

ner Stimme gesprochen und sich auch um eine effizientere Form der Wirtschaftskooperation bemüht; ganz im Widerspruch zu dieser inneren Konkordanz hatte sich freilich das äußere Feindbild in höchst gegensätzliche Richtungen zu entwickeln begonnen: Während in der Optik der überseeorientierten Länder Singapur und Malaysia die Sowjetunion mit ihrer Flottenrüstung als Hauptgegner hervortrat, erblickte Indonesien nach wie vor in China, Thailand aber nunmehr in Vietnam den Erzrivalen - und dies, obwohl sich die Fünf nach außen hin, wie gesagt, stets um eine gemeinsame Sprachregelung bemühten. Entsprechend diesen so unterschiedlichen Lagebeurteilungen kam es seit 1979 zu einer Art Schulterenschluß vor allem zwischen Thailand und China, die beide in Indochina die gleichen Verbündeten unterstützten (nämlich die Dreierkoalition des Demokratischen Kampuchea) und dieselben Feinde bekämpften (Vietnam und die von ihnen gestützte Volksrepublik Kampuchea), während auf der Gegenseite Indonesien und Vietnam im Begriffe waren, sich erneut stillschweigend zu einer antichinesischen Entente cordiale zusammenzufinden.

Gegenüber der Region als ganzer versuchte Beijing aber gleichwohl, an einer Pax ASEANa mitzuwirken, die sich vor allem gegen den „Globalhegemonismus“ der Sowjetunion und den damit verknüpften „Regionalhegemonismus“ Vietnams richten sollte.

2.2.3

Dengs Reformpolitik und die außenpolitische Metamorphose der VR China

Ganz auf dieser Linie entwickelte sich die Außenpolitik Beijings auch nach dem Beginn des Reformzeitalters weiter. Nichts war dafür bezeichnender als die Reise Deng Xiaopings in vier Länder Südostasiens, nämlich nach Thailand, Malaysia, Singapur und Birma im Zeitraum zwischen dem 6. und dem 14. November 1978. Nur wenige Tage vor dem Durchbruch der Deng-Xiaoping-Linie beim 3. Plenum des XI. ZK vom Dezember 1978 war es hier also zur ersten großen außenpolitischen Aktion Deng Xiaopings gekommen - und dies bezeichnenderweise in Richtung Südostasien.¹⁵ Deng ließ bei all diesen vier Besuchen die gleichen drei Leitmotive anklingen: Lob für die ASEAN, Warnung vor den Hegemonialplänen der Sowjetunion sowie Vietnams und Werben für eine Zusammenarbeit mit China.

Unter diesen Parolen wurde die Außenpolitik Beijings auch in den nachfolgenden zwei Jahrzehnten weitergeführt - und damit eine Kontinuität zum Positiven und Konstruktiven hin entwickelt, wie sie in den maoistischen Jahren noch undenkbar gewesen wäre.

Am längsten gespannt blieben die Beziehungen zwischen Beijing und Jakarta, welch letzteres - unter der Wirkung des „Traumas von 1965“ - zur VR China so entschieden auf Distanz gegangen war, daß an eine Aussöhnung so schnell nicht gedacht werden konnte. China, das im Zeichen seiner Reformen diesen Kurs der Unversöhnlichkeit nicht länger hinnehmen wollte, unternahm im April 1985 einen ersten entscheidenden Schritt, indem es sich offiziell und demonstrativ an den 30-Jahr-Feiern zur Bandung-Konferenz beteiligte, wobei, am Rande der Feiern, erste Gespräche mit Präsident Sukarno stattfanden. Bei den Trauerfeierlichkeiten für den 1989 verstorbenen japanischen Kaiser Hirohito kam es im Februar 1989 zu einer

¹⁵Vergl. dazu C.a., 1978/12, S.819-822.

Fortsetzung des Dialogs zwischen Spitzenpolitikern beider Seiten, nämlich dem chinesischen Außenminister Qian Qichen und Staatspräsident Sukarno.

Nachdem sich beide Seiten bei Verhandlungen im Dezember 1989 auch noch über die Nichtanerkennung der Doppelstaatsangehörigkeit von Auslandschinesen und über die Rückzahlung indonesischer Schulden an China einig geworden waren, wurden am 3. Juli 1990 die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen - ein Vierteljahrhundert nach dem Bruch von 1965.

Die Aussöhnung mit Indonesien war ein weiterer Schritt der diplomatischen Offensive Chinas in Richtung Südostasien und erwies sich als weiterer erfolgreicher Schritt Beijings, aus jener Isolierung auszubrechen, in die das Land seit dem Tiananmen-Massaker vom 4. Juni 1989 geraten war.¹⁶

Zu einem regelrechten „ASEAN-Jahr“ in der chinesischen Diplomatie entwickelte sich dann 1993. Anlaß war das 26. Treffen der ASEAN-Außenminister, das im Juli des Jahres in Singapur stattfand und das zwei Themen auf die Tagesordnung brachte, nämlich die Sicherheitsfrage sowie das Verhältnis zwischen APEC und EAEC. Im Rahmen der Sicherheitsdiskussion präsentierte Singapur damals bekanntlich seinen epochemachenden Vorschlag zur Abhaltung einer „unofficial dinner party“, die sich schon bald zu einem „Forum für die regionale Sicherheit“ weiterentwickeln sollte - zu jenem „informellen Bankett“ also, das sich u.a. in der Kambodschapolitik lange Zeit als „Cocktail Party“ bewährt und selbst Todfeinde am Verhandlungstisch zusammengebracht hatte. Das Forum sollte künftig im Anschluß an die jährliche ASEAN-Außenministerkonferenz stattfinden und dazu dienen, die Atmosphäre zwischen den beteiligten Gesprächspartnern zu verbessern. Wichtig sollte nicht so sehr ein bestimmtes Ergebnis sein; vielmehr komme es darauf an, überhaupt miteinander zu sprechen und auch in schwierigen Fragen in Gesprächskontakt zu bleiben: wer verhandelt, gerät nicht so leicht in Versuchung zu schießen! China zeigte sich von diesem Vorschlag zu Kamingsgesprächen sowie zu atmosphärischen Verbesserungen beeindruckt und ließ erkennen, daß es bereit sei, in diesem Rahmen auch die kritische Spratly-Frage zu erörtern.¹⁷

Zur Normalisierung der Beziehungen zwischen China und Vietnam kam es mit dem Kommuniqué vom 12.9.91¹⁸

3

Zukunftsperspektiven im Verhältnis zwischen ASEAN und China: Zwischen Unbehagen und Hoffnung

3.1

Drei ASEAN-Ängste als Annäherungshindernisse

Drei Sorgen der ASEAN sind es, die sowohl mittel- als auch langfristig im Verhältnis zur VR China für Konflikte sorgen könnten, nämlich die Angst der Südostasiaten vor dem wachsenden Riesen China, die ja u.a. auch zu der so auffallend schnellen Komplettierung der ASEAN in einem Neunerbündnis geführt hat, ferner die notorische Spratly-Frage und nicht zuletzt das Problem der bedrückenden

wirtschaftlichen Übermacht des Auslandschinesentums in den südostasiatischen Gastländern:

3.1.1

Die Angst vor der „chinesischen Gefahr“

Zu den „Dauerbrennern“ im chinesisch-ASEANischen Verhältnis gehört zunächst einmal die - von Beijing so formulierte - „Theorie“, daß China „eine Drohung“ für seine Nachbarn sei. Immer wieder betont Beijing in diesem Zusammenhang, daß Vorwürfe solcher Art ohne jede Substanz seien und daß der Giftpfeil der sogenannten „Chinagefahr“ aus den Köchern übelwollender Feinde stamme. China sei keine Bedrohung, sondern ganz im Gegenteil eine Chance.¹⁹ Auch die VBA diene einzig und allein der „nationalen Verteidigung“. Dies betonte Li u.a. gegenüber dem TCS (Television Corporation of Singapore).²⁰

Zur These von der „dreifachen“ chinesischen „Gefahr“ (politisch-militärisch, zivilisatorisch und wirtschaftlich) wurde bereits an anderer Stelle kritisch Stellung genommen.²¹

3.1.2

Spratly

Weitaus brisanter noch als das Angstsyndrom ist der Spratly-“Gefahrenherd“ im Südchinesischen Meer, da der Archipel nicht nur militärstrategisch wichtig ist (er liegt am Kreuzungspunkt zwischen den Nord/Süd- und den Ost/West-Verkehrslinien), sondern in seinem Umfeld vermutlich auch reiche Ölvorräte birgt. Vietnam, die Philippinen, Brunei und Malaysia streiten sich mit China und Taiwan um die Anteile an diesem Archipel. Jede der Parteien versucht mit historischen Argumenten ihr „Erstgeburtsrecht“ zu verteidigen, indem sie darauf hinweist, daß sie als erste den „herrenlosen“ Archipel - oder zumindestens herrenlose Teile davon - unter ihre Herrschaft gebracht habe. All diese Ansprüche sind historisch nur schwer „beweisbar“ und würden daher - einem Gericht unterbreitet - mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit abgewiesen, da keine der Parteien der ihr zufallenden „Beweislast“ Genüge tun könnte. So kommt es, daß die Frage aller Wahrscheinlichkeit nach wohl niemals vor ein internationales Gericht gebracht wird, daß sie also stets nur in der politischen Arena umstritten bleibt und daß sie deshalb die verschiedensten Konfliktkonstellationen annimmt, die z.T. mit Gewalt, z.T. aber unter Einsatz anderer Streitmittel angegangen werden: Ende der 80er Jahre kam es beispielsweise zu kurzen Seegefechten zwischen China und Vietnam und noch im Januar 1995 kam es zwischen China und den Philippinen zu einem Eklat im Bereich des Spratly-Archipels, und zwar um zwei dortige Inseln, die von Manila beansprucht werden, nämlich das Jackson-Atoll (chin.: Wufang) und das „Halbmond“ (chin.: Banyue) -riff, nachdem China dort Seezeichen gesetzt, sogenannte „Plattformen für den Schutz chinesischer Fischer“ errichtet hatte und gleichzeitig im Bereich des Mischief-Riffs (chin.: Meijiao) über längere Zeit regelmäßig hatte Schiffseinheiten patrouillieren lassen.²²

Der Streit löste sich schnell wieder in Wohlgefallen auf, nachdem China sich dazu durchgerungen hatte, einen Versöhnungskurs einzuschlagen, der so weit ging, daß z.B.

¹⁶Näheres dazu C.a., 1990/7, S.528 f.

¹⁷Dazu C.a., 1993/7, S.671-673.

¹⁸Ausführlich dazu C.a., 1991/9, S.577-581.

¹⁹XNA, 28.8.97.

²⁰XNA, 27.8.97.

²¹C.a., 1995/2, S.128-133.

²²Näheres dazu C.a., 1995/4, Ü 6.

Mitte Februar 1997 kein Geringerer als Verteidigungsminister Chi Haotian persönlich nach Manila und Subic Bay reiste und Versöhnungsgespräche führte, wobei die VR China den Philippinen sogar einen Kredit von 2-3 Mio. US\$ für militärische Zwecke anbot - eine kleine Summe mit großem Symbolgehalt!²³

Seit Jahren hat China überdies den anderen Konfliktparteien einen Vorschlag unterbreitet, demzufolge sich die sechs „Kampfhähne“ auf eine gemeinsame Ausbeutung der Archipelvorräte einigen sollten, ohne daß dadurch die Eigentumsfrage präjudiziert würde; gleichzeitig verwehrte sich Beijing gegen eine „Internationalisierung der Spratlyfrage“.

Mit dieser Vorgehensweise hat es zu verstehen gegeben, daß es den Konflikt einerseits auf äußerst zurückhaltende Art und Weise behandelt, gleichzeitig aber auch auf die beteiligten Parteien beschränkt sehen möchte. Ständige Gespräche zwischen den unmittelbar Betroffenen sowie die Herstellung von wechselseitigem Vertrauen sollen hierfür den Begleitrahmen abgeben.

Überhaupt scheint China darum bemüht zu sein, gerade gegenüber den ASEAN-Ländern jene außenpolitischen Grundsätze zu praktizieren, die der im Februar 1997 verstorbene Deng Xiaoping als Erbe hinterlassen hat und die sich auf folgende fünf Punkte bringen lassen: (1) Ein neuer größerer Krieg ist vermeidbar, (2) „Friede und Entwicklung“ sind die beiden Hauptprobleme in der heutigen Welt, wobei es vor allem gelte, (3) eine „Neue internationale politische und wirtschaftliche Ordnung“ herzustellen, die auf den „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ beruht. Darüber hinaus solle (4) „das oberste Augenmerk stets der nationalen Souveränität und Sicherheit“ (i.S. von Einmischungsfreiheit) gelten. Nicht zuletzt aber komme (5) der VR China eine besondere Aufgabe für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu. Während noch Mao Zedong hauptsächlich in Kategorien der „Revolution“, der „Krisen“ und der „Widersprüche“ gedacht hatte, betonte Deng Xiaoping eher den „Frieden“, die „Entwicklung“ und die „Suche nach Gemeinsamkeiten bei gleichzeitiger Zurückstellung der Unterschiede“. Im Gegensatz zu Mao suchte Deng auch nicht den internationalen Klassenkampf, sondern das ständige Gespräch (die „Konsultation“) und nicht die Absonderung, sondern das „Öffnen der Türen“.²⁴

Trotz der „Renormalisierung“, die 1991 zwischen den beiden Hauptkontrahenten im Spratly-Bereich, nämlich zwischen China und Vietnam eingesetzt hat, kommt es zwischen beiden doch immer wieder zum Ausbruch offener Streitigkeiten, so zuletzt wieder am 7.3.97, als die chinesische Seite ihre Ölplattform Kantan III in einem Meeresareal unweit der zentralvietnamesischen Stadt Da Nang verankerte, das auch von den Vietnamesen beansprucht wird, und zwar unter der Bezeichnung „Block 113“. Das vietnamesische Außenministerium protestierte denn auch auf der Stelle und forderte die chinesische Seite auf, die Ölplattform unverzüglich wieder aus der „vietnamesischen Region“ zu entfernen. China andererseits wies diesen Protest zurück, indem es die Operation der

Ölbohrinsel als „normale Bohrtätigkeit“ bezeichnete, die sich noch dazu auf chinesischem Hoheitsgebiet zutrage.²⁵

3.1.3

Die „unheimliche“ Huaren-Präsenz

Der ASEAN-Bereich läßt sich von China aus unter zwei Perspektiven betrachten, nämlich entweder als rein außenpolitisches Gebiet oder aber - etwas unkonventioneller - als eine Art „Familienangelegenheit“: Immerhin lebt dort die Mehrzahl der Huaren/Auslandschinesen. Nach Schätzungen des „Komitees für überseechinesische Angelegenheiten“ der Regierung in Taiwan, das die Zahlenwerte etwas höher anzusetzen pflegt als es bei Behörden der VR China der Fall ist, leben z.Zt.²⁶ außerhalb Chinas (= VRCh + Taiwan) 36 Mio. Huaren, darunter in Südostasien:

6 Mio. in Thailand
2,1 Mio. in Singapur
5,28 Mio. in Malaysia
7,31 Mio. in Indonesien
0,82 Mio. auf den Philippinen
2,46 in Vietnam, Kambodscha und Laos und
1,5 Mio. in Myanmar/Birma²⁷

Rund 26 Mio. Huaren, d.h. über zwei Drittel aller Auslandschinesen, sind damit im ASEAN-Bereich beheimatet. Obwohl sich der Auswanderungstrend mittlerweile von Nanyang, also von Südostasien abgewandt und eher nach Amerika, Australien und Europa verlagert hat, dürfte sich an den überkommenen Schwergewichten wohl auch in den nächsten Jahrzehnten wenig ändern, zumal die Huaren in ihren Heimatländern längst zu den wirtschaftlichen Eliten Südostasiens gehören und damit auch politisch besser haben Fuß fassen können:

- In Indonesien beispielsweise repräsentieren die Huaren zwar nur rund 3,5% der Bevölkerung, kontrollieren aber, wenn man das Marktkapital zugrundelegt, fast drei Viertel aller eingetragenen indonesischen Firmen. Von den 300 führenden Unternehmen Indonesiens befinden sich 68% in der Hand ethnischer Chinesen. Unter den zehn Hauptkonzernen steht überhaupt nur ein einziger, nämlich die Firma Bimantara, unter Pribumi („Einheimischen“)-Kontrolle.

- In Malaysia beherrschen die 29% Huaren rund 61% des Marktkapitals. Darüber hinaus sind sie in den modernen Berufen führend und besetzen etwa 60% der Managerposten. Gleichzeitig haben chinesische Unternehmer enge Beziehungen zu politischen Organisationen und zu malaiischen Geschäftsleuten knüpfen können, womit es ihnen gelungen ist, mögliche Friktionen schon im Vorfeld zu entschärfen.

- In Thailand kontrollieren 8% Huaren rund 90% des Kapitals und

- auf den Philippinen machen ethnische Chinesen zwar nur rund 2% der Bevölkerung aus, beherrschen aber bis zu 60% des Marktkapitals. Rund 35% aller Handelsgeschäfte werden dort von Firmen abgewickelt, die unter Huaren-Kontrolle stehen.

- Was schließlich die drei Indochinaländer anbelangt, so haben die dort lebenden Auslandschinesen vor allem im Gefolge der Kriegereignisse zwar Einbußen hinneh-

²⁵Dazu C.a., 1997/4, Ü 3.

²⁶Zahlenangaben von 1994

²⁷Hongguanbao, Taipei, 22.11.94, C.a., 1994/11, Ü 32 und 1996/1, S.34.

²³C.a., 1997/2, Ü 8.

²⁴Dazu C.a., 1997/4, Ü 1.

men müssen: So wurde z.B. die Huaren-Gemeinde in Kambodscha in den Jahren der Khmer-Rouge-Herrschaft (1975-79) etwa auf die Hälfte dezimiert und beläuft sich heutzutage nur noch auf 200.000-300.000. An der wirtschaftlichen Vormachtstellung aber dürfte dieser Kahlschlag kaum etwas geändert haben, da sich die wohlhabenden und einflußreichen Geschäftsleute vor der Khmer-Rouge-Verfolgung rechtzeitig haben in Sicherheit bringen können.²⁸

Was Wunder, wenn die Chinesen in der VR China, nicht zuletzt aber auch VR-chinesische Führungsinstitutionen immer wieder in Versuchung geraten, Südostasien als Teil eines großen chinesischen Familienverbands zu betrachten - und wenn gleichzeitig die Regierungen und Pribumi-Bevölkerungen in den einzelnen ASEAN-Staaten angesichts solcher Tatbestände und solcher Perzeptionen immer wieder von der Befürchtung erfaßt werden, wehrlos im chinesischen Kosmos unterzugehen, zumal das Auslandschinesentum eine dreifache Mitgift kultiviert, die dafür sorgt, daß Befürchtungen dieser Art nicht bloße Phantasmagorie sind, nämlich eine spezifisch „chinesische Kaufmannskultur“, zweitens einen Guanxi-Kapitalismus, der vor allem mit den Mitteln chinesischen Familienunternehmertums laboriert und drittens eine Kunst der Netzwerkperfektionierung, die nicht nur in Asien ihresgleichen sucht und die dazu führt, daß nationale Grenzen mit einer Leichtigkeit ohnegleichen überwunden werden.²⁹ Moderne Kommunikationsmittel lassen solche Verbindungen noch furchterregender werden: So wurde beispielsweise auf Initiative der Singapurischen Chinese Chamber of Commerce and Industry (SCCI) 1995 ein „World Chinese Business Network“ (WCBN) auf Internet-Basis eingerichtet, das Chinesen in der Volksrepublik und Auslandschinesen auf schnellste Weise miteinander in Verbindung bringen soll. Auf chinesisch (und teilweise auch englisch) liefert die Datenbank Auskünfte über Handelspartner, Geschäftsinformationen oder über persönliche Kontakte. Bereits Ende 1995 konnten Daten über mehr als 10.000 Unternehmen aus 15 Ländern über WCBN abgerufen werden; angestrebt ist jedoch die Erfassung von über 100.000 Unternehmen aus China, Taiwan und Thailand.³⁰

Die immer enger werdenden Verbindungen der Huaren untereinander, aber auch des Auslandschinesentums mit der VR China haben dazu geführt, daß die einzelnen Teile noch enger zusammenwachsen; vor allem haben sich die Huaren in gleich sechsfacher Weise um die alte Heimat verdient gemacht, indem sie (1) den politischen Innovationsprozeß des reformerischen China unterstützten, (2) wirtschaftliche und soziale Wohltaten für die „Daheimgebliebenen“ geleistet, (3) Mittel für das Schul- und Erziehungswesens aufgebracht, (4) die Volksrepublik bei der Gründung chinesischer Betriebe im Ausland unterstützt und nicht zuletzt auch Wiedervereinigungshilfe geleistet haben. Vor allem aber haben die Auslandschinesen der reformerischen Volksrepublik (6) ein Entwicklungsmodell geliefert, das wie eine Eigenblutimpfung wirkte und das dazu geführt hat, daß sich die Volksrepublik in einem Zeitraum von nicht einmal zwei Jahrzehnten aus der maoistischen Verstrickung lösen und sich in ein Staatswesen verwandeln konnte, das schon während der 80er Jahre die Fesseln der stalinistischen Planungspraxis zerschnitt und

das sich wohl schon zu Beginn des 21. Jh. daran machen dürfte, auch im Bereich der politischen Reformen Boden gutzumachen und sich den Spielregeln moderner Industriestaaten anzunähern.³¹ Wenn eines Tages die Geschichte des 20. Jh. neu aufgerollt wird, könnte es sich leicht herausstellen, daß eines der wichtigsten Ereignisse im letzten Drittel des Saeculums der schnelle Aufstieg Chinas zu einer führenden Wirtschaftsmacht war und daß dabei das (hauptsächlich südostasiatische) Auslandschinesentum mit seinen um Jahrzehnte vorgezogenen Erfahrungen einen wesentlichen Beitrag leistete, sei es nun bei der Modell- oder aber bei der Selbstfindung.

Kein Wunder, daß Ereignisse und Perzeptionen dieser Art bei den Regierungen und Bevölkerungen der südostasiatischen Gastländer Mißtrauen hervorrufen und daß sich das Auslandschinesentum kontinuierlich mit drei Vorwürfen konfrontiert sieht, nämlich dem Verdacht, eine politische, eine kulturelle und eine wirtschaftliche Gefahr zu sein.

- Die Anschuldigung, daß sich die Huaren zu einer „Fünften Kolonne“ Beijings, ja zu einer „Roten Gefahr“ entwickeln könnten, schien sich vor allem nach Ausrufung der VR China zu bewahrheiten, zumal die maoistische Politik damals noch Benzin ins Feuer goß, indem sie während der späten 50er Jahre, vor allem aber während der Kulturrevolution eine Außenpolitik einschlug, deren Ziel es erklärtermaßen war, in der Dritten Welt, vor allem aber in der asiatischen Nachbarschaft, sogenannte „befreite Stützpunktgebiete“ nach Yan'an-Schema entstehen zu lassen und zu diesem Zweck die lokalen Aufstandsbewegungen zu instrumentalisieren. Zu einer solchen „Fünften Kolonne“ hatten sich die Huaren aber selbst in der hochpolitischen Phase des maoistischen Zeitalters nicht entwickeln wollen, und zwar weder als Chinesen (da es damals ja immerhin zwei „chinesische“ Alternativen gab, nämlich Taiwan und die VR China), noch als Angehörige einer bestimmten Klasse: seit unvordenklicher Zeit ist es ja eine der Grundeigenschaften der gesellschaftlichen Verfassung Chinas, daß hier in vertikalen Kategorien (Vater/Sohn, Fürst/Untertan, Herr/Klientel) und nicht in horizontalen Mustern gedacht wird, wie es beispielsweise beim Marxismus der Fall ist, wo *alle* Arbeiter oder *alle* Ausbeuter unterschiedslos zu jeweils einer „Klasse“ zusammenkonstruiert werden. Dies gilt auch für die Huaren-Gemeinden, die sich nach den verschiedensten Familien-, Clan- und Klientelverhältnissen aufparzellieren, in denen jeweils filigrane Ober- und Überordnungsverhältnisse vorherrschen, und die sich nicht einfach in ein grobes Klassenschema (*alle* Chinesen) pressen lassen. Überdies sind die Angehörigen der „chinesischen“ Volksgruppe alles andere als eine in sich geschlossene - und damit homogene - Einheit, da sprachliche Verschiedenheiten meist auch unterschiedliche Gruppenbildungen zur Folge haben: Den fünf Hauptdialekten entsprechen im allgemeinen auch verschiedene Berufsausrichtungen und verschiedene Vereinsgruppierungen; darüber hinaus gibt es markante Unterschiede zwischen solchen Huaren, die erst verhältnismäßig kurz ins Land gekommen sind, und denen, die sich kulturell und vor allem sprachlich längst im Gastland assimiliert haben - man denke an die für Indonesien und Malaysia so typischen Gruppierungen der Totok und der Peranakan bzw. der Sinkheh und der Baba.

²⁸Dazu im einzelnen C.a., 1996/1, S.35.

²⁹Einzelheiten dazu C.a., 1996/2, S.166-193.

³⁰SCMP, 9.12.95; SOAa, 1996/1, Ü 59.

³¹Dazu ausführlich C.a., 1996/3, S.265-282.

Lediglich dort, wo Diskriminierungen großen Stils stattgefunden haben, konnte es letztlich auch zu umfassenderen Solidarisierungsaktionen „der“ Huaren kommen. Zumindest die politischen Eliten Südostasiens wissen, daß eine „Gelbe“ oder „Rote“ Gefahr von Seiten der Huaren heutzutage nur dann Wirklichkeit werden könnte, wenn die Auslandschinesen so in die Enge getrieben würden, daß ihnen gar keine andere Alternative mehr bliebe, als sich zur Wehr zu setzen.

- Auch die Gefahr eines „Clash of Civilizations“ hat in dem Maße abgenommen, als das Klima in den Gastländern sich entspannt hat: Mit dem Entstehen eines „liberaleren“, zumindest aber marktwirtschaftlicheren Klimas, vor allem aber mit dem Aufstieg eines neuen Mittelstands wachsen die Tendenzen zur gegenseitigen Annäherung und zur Aufhebung der Community-Grenzen.³²

- Was schließlich die wirtschaftliche Gefahr anbelangt, die von den Huaren ausgeht, so scheinen die Befürchtungen hier noch am ehesten zuzutreffen; hat doch das Auslandschinesentum die Kapitalströme in den Gastländern nicht nur „gepachtet“, sondern steht wohl nicht zu Unrecht im Verdacht, Hauptantriebskraft bei der Korrumpierung von Beamtenschaft und Militär zu sein.

Den „Einheimischen“ bleibt hier nur die Alternative, das Auslandschinesentum entweder zu bremsen oder aber es zu akzeptieren. Da Bremsversuche bisher noch allemale unterlaufen wurden, erweist sich die zweite Alternative als langfristig vielversprechender: So nehmen denn auch in jüngster Zeit Aufrufe zu, die auslandschinesischen Familienbetriebe nicht etwa zu befeinden, sondern sie zum Vorbild zu nehmen. Auch die Volkswirtschaft als ganze kann nach den bisherigen Erfahrungen mehr von kooperationsals von der diskriminierungspolitischen Ansätzen gewinnen.

Die VR China hat sich mit den hier erwähnten Befürchtungen der Gastländer längst vertraut gemacht und Vorsorge getroffen, um die Gemüter zu beruhigen. Eines der Prinzipien der VR-chinesischen Auslandspolitik lautet deshalb, daß keine Doppelstaatsangehörigkeit anerkannt wird und daß stattdessen a priori „klare Verhältnisse geschaffen“ werden sollen. Entsprechende Abmachungen wurden erstmals 1955 mit Indonesien getroffen. Später folgten auch andere südostasiatische Staaten diesem Schema, das mittlerweile sogar im Staatsangehörigkeitsgesetz der VRCh vom 10.9.80 verankert worden ist: Huaren haben sich demzufolge zu entscheiden, ob sie für die chinesische oder aber für die Staatsangehörigkeit in ihrem Gastland optieren wollen.³³

Mittlerweile gehört es zu den Gepflogenheiten der chinesischen Außenpolitik, diese Trennungsoption bei jeder Gelegenheit - und bei jedem Staatsbesuch - erneut zu unterstreichen.

3.1.4

Einbindung Beijings, jedoch ohne Containment!

Die hier geschilderten drei Ängste lassen es verständlich erscheinen, daß die aus Sicht aller ASEAN-Staaten wohl wichtigste Frage dahin geht, wie China in ein sicherheitspolitisches Netz eingebunden werden kann: Die APEC kommt dafür wohl kaum in Betracht, da sie allzu einseitig wirtschaftlich ausgerichtet ist.

Vielversprechender scheint da schon die neue EAEC zu sein, die, wie erwähnt, im Dezember 1997 zu einer Gipfelkonferenz zusammentritt und an der sich neben den neun ASEAN-Staaten noch die drei ostasiatischen Staaten China, Japan und Südkorea beteiligen. Im Rahmen dieser EAEC dürften auch die Spannungen zwischen Japan und China besser aufgehoben sein. Bezeichnenderweise hat sich in dieser Frage, wie ebenfalls bereits (1.3) erwähnt, auch Singapur zu Wort gemeldet und die Japaner zu mehr Zurückhaltung gegenüber China ermahnt. Hier könnte sich ein Instrument entwickeln, mit dessen Hilfe aber auch die VR China auf mehr Berechenbarkeit eingeschworen - wenn nicht „eingebunden“ - würde. Als zusätzliche Stütze stünde auch noch das ARF bereit, an dem sich die Volksrepublik ja ebenfalls von Anbeginn an beteiligt hat. Es zeichnen sich also hoffnungsvoll stimmende Einbindungsoptionen ab.

3.2

Das Annäherungsinteresse Chinas

3.2.1

Gemeinsamkeiten

Aus Beijinger Sicht zeichnen sich die ASEAN-Staaten durch ein politisches Verhalten aus, das in den meisten Punkten mit den Interessen der VR China Hand in Hand geht.

Da ist erstens einmal das immer selbstbewußtere Auftreten der Südostasiaten, das mit der gestiegenen politischen und wirtschaftlichen Bedeutung der ASEAN einhergeht:

Ganz zu Recht habe sich die ASEAN beispielsweise in den 90er Jahren immer stärker gegen anmaßende Einmischungsversuche des Westens in Fragen der Menschenrechte und der Demokratie zur Wehr gesetzt. Beim ASEAN-Außenministertreffen vom Juli 1996 in Singapur beispielsweise hätten sie sich jede diesbezügliche „Belehrung“ von Seiten Europas oder der USA über Menschenrechtsangelegenheiten oder über die Frage, ob Myanmar als Mitglied zur Gemeinschaft zugelassen werden sollte, verboten.

Beim gleichen Anlaß auch hätten sie sich einstimmig gegen westliche Versuche ausgesprochen, nicht-handelsrelevante Fragen wie z.B. Arbeit oder Umwelt auf die Agenda der WTO zu setzen.

Auch bei der Gestaltung von Sicherheitsbelangen nehmen die ASEAN-Staaten sehr zur Freude Beijings einen immer selbstbewußteren Standpunkt ein: Unter anderem gründeten sie 1994 das ARF (ASEAN Regional Forum) und fanden auch sonst Wege, um andere politisch gewichtige Nationen, z.B. die USA, Japan, die EU, Kanada, Australien, Neuseeland, die Republik Korea, China, Rußland und Indien als „Dialogstaaten“ zu gewinnen sowie „Beobachterländer“ (Kambodscha, Laos, Papua-Neuguinea und Myanmar) zu den ASEAN-Außenministertagungen hinzuzuziehen.

Die Einladung zur Dialogpartnerschaft an Rußland und China habe u.a. dazu geführt, daß nunmehr alle fünf Ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats in Dauergesprächen mit der ASEAN einbezogen worden seien.

Auch die Art und Weise, wie die ASEAN-Länder das ARF und die Dialogpartnerschaften handhaben, behagte der Beijinger Außenpolitik von Anfang an: Die ASEAN versuche, konfliktbeladene Fragen durch ei-

³²Näheres dazu C.a., 1996/3, S-268.

³³Dazu ausführlich C.a., 1996/1, S.38 ff.

ne „präventive Diplomatie“, durch „vertrauensbildende Maßnahmen“ und durch ständige informelle Konsultation zu entschärfen: Damit folge sie einem nicht-interventionistischen Ansatz bei der Lösung von Konflikten. Auch ihr Versuch, Mitgliedstaaten des ARF zur Veröffentlichung jährlicher Weißbücher und Verteidigungsberichte zu veranlassen, sei dazu angetan, Transparenz zu schaffen und Gefahrenpunkte schon im voraus sichtbar werden zu lassen - und sie damit zu entschärfen.

Darüber hinaus veranstalte die ASEAN zahlreiche Seminare und Workshops, z.B. auch über die Lösung der heiklen Fragen im Südchinesischen Meer, an denen sowohl Entscheidungsträger als auch Beamte betroffener Staaten auf höchst informelle Weise teilnehmen können. Die ARF befinde sich hiermit auf dem besten Wege, eine KSZE-ähnliche Organisation aufzubauen. Damit kämen auch Hoffnungen auf, daß Beziehungen zwischen den Großmächten wo nicht neugestaltet, so doch zumindest koordiniert werden könnten.³⁴

Die ASEAN hat diese so überaus konstruktive Rolle vor allem nach dem Ende des Kalten Krieges zu spielen begonnen, und hier vor allem wiederum besonders seit dem 5. ASEAN-Gipfeltreffen von 1995, das - aus Beijinger Sicht - längst zu einem Meilenstein geworden ist, weil damals eine Reihe von Abkommen unterzeichnet wurden, die im Sicherheitsbereich von zukunftsweisender Bedeutung sind, nämlich der Plan zur Schaffung einer kernwaffenfreien Zone Südostasien, der Zeitplan zur Errichtung einer ASEAN-Freihandelszone (bis zum Jahr 2003), die Aufnahme von Vietnam, Kambodscha, Laos und Myanmar noch vor dem Jahr 2000, die Einladung Indiens als Dialogpartner und Pläne zu einer systematischeren Zusammenarbeit bei der Erschließung der Wirtschaftszone Mekong.

Auch das schnelle wirtschaftliche Wachstum der ASEAN-Staaten und die politische Erweiterung der Allianz auf alle zehn südostasiatischen Staaten zu einem dann nahezu 500 Mio. Menschen umfassenden Bündnis findet immer wieder den Applaus der VR China.

3.2.2

Die Suche nach einer neuen regionalen Ordnung: „Greater ASEAN“ als „Pol“ im neuen asiatischen Gleichgewichtsmechanismus

Li sparte bei seinen Reden nicht mit Anerkennung für die ASEAN, die eine „zunehmend bedeutsame Rolle bei der Wahrung des Weltfriedens und bei der Förderung der gemeinsamen wirtschaftlichen Entwicklung“ spiele. In einer Zeit, die durch zunehmende „Multipolarisierung der Welt“ gekennzeichnet sei, müßten China und die ASEAN bemüht sein, im Geiste der „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ zusammenzuarbeiten, aber auch wirtschaftlich gemeinsam Seite an Seite zu gehen, sei es nun beim Aufbau der Infrastruktur, bei der Entwicklung der Technologie, bei der Erschließung von Rohstoffen, bei der Ausschaltung von Armut und beim Umweltschutz.³⁵

Aus strategischer Perspektive gesehen seien China und das ASEAN-Bündnis für eine Zusammenarbeit geradezu prädestiniert, heißt es in der veröffentlichten Meinung:³⁶ China trage sich gegenüber den ASEAN-Staaten mit ausschließlich friedlichen Absichten und auch „Greater ASE-

AN“, das an der „Südpforte Chinas“ entstehe, zeige keinerlei militärische Ambitionen. Auch seien beide Seiten fest entschlossen, eine Politik des Gleichgewichts der Kräfte zu befürworten. Die ASEAN-Staaten stellten hierbei einen wichtigen „Pol“ dar, der bei der Errichtung einer neuen internationalen politischen und wirtschaftlichen Ordnung mitbestimmend sein könne. Im Gegenzug wolle sich der „Pol“ China mit den ASEAN-Staaten arrangieren und in Zukunft verstärkt von den fünf großen Dialogmechanismen Gebrauch machen, d.h. sich an den Außenministerkonferenzen, den Beamtenkonferenzen, den Sitzungen des Gemeinsamen Komitees für Wissenschaft, Technologie und Handel, der Beijing-ASEAN-Kommission und den politischen Konsultationen mit den ASEAN-Staaten beteiligen.

3.2.3

Wie zuverlässig sind die ASEAN-Länder?

Neben all diesen Pluspunkten muß China bei seiner permanenten außenpolitischen Bestandsaufnahme aber auch immer wieder ein paar Haare in der ASEANischen Suppe finden, die Unbehagen, ja bisweilen auch Sorge aufkommen lassen.

- Da ist zunächst einmal das steile (Einkommens-)Gefälle zwischen den einzelnen ASEAN-Mitgliedsstaaten, das zwischen wenigen Hundert und weit über 10.000 US\$ p.a. variiert und damit elementare Gefälle deutlich werden läßt: Vor allem Singapur und Malaysia stehen hierbei auf der Haben-Seite, während die Aufnahme von Myanmar, Laos und (später auch) Kambodscha das Gefälle zwischen oben und unten noch ein weiteres Mal vertieft.

- Sämtliche ASEAN-Mitglieder sind darüber hinaus hochgradig abhängig von Kapital- sowie Technologiezufuhren und von den Absatzmärkten der entwickelten Welt, weshalb es zwischen ihnen immer wieder zu einem heftigen Wettlauf kommt. Noch viel größer ist freilich der Wettbewerbsdruck, der bei der Einwerbung ausländischer Investitionen von der VR China ausgeht, die mittlerweile rund 70% aller nach Asien fließenden Beteiligungen auf sich zu ziehen weiß und die damit längst zum Hauptkonkurrenten der ASEAN-Wirtschaften geworden ist.

- Starke Unterschiede bestehen zwischen den Mitgliedsstaaten weiterhin auch im Hinblick auf die politischen Systeme und Ideologien - ein Phänomen, das durch den Beitritt Vietnams, Laos', Kambodschas und Myanmars ein weiteres Mal verschärft wird.

- Darüber hinaus haben die ASEAN-Staaten, zumindest aus chinesischer Sicht, zu den Großmächten noch lange keine angemessene - und berechenbare - Einstellung finden können:

Japan betrachtet den ASEAN-Bereich beispielsweise als Schlüsselzone für seine Investitionen in Übersee und läßt deshalb nichts unversucht, sich durch Ausspielen der ASEAN-Karte rückzuversichern und dadurch auch politisch sein Gewicht gegenüber den USA und der VR China zu verstärken. Dieses Bestreben wird offensichtlich von den meisten ASEAN-Staaten gebilligt.

China verfolgt diese Einstellung Japans mit Mißtrauen. Nicht zuletzt hat die 1997 über eine Reihe von ASEAN-Staaten, vor allem aber über Thailand, herein gebrochene Währungs- und Finanzkrise dazu geführt, daß diese ihre Blicke erwartungsvoll auf Japan richteten, das sich nun sowohl direkt (offene Finanzforderungen an Japan) als auch indirekt („wenn Japan nicht hilft, schneidet es sich

³⁴ Dazu C.a., 1997/2, Ü 7.

³⁵ Ebd.

³⁶ Wen Wei Po in SWB, 22.8.97.

ins eigene Fleisch!") zur Unterstützung der von Währungs- und Spekulationskapitalentzug bedrohten südostasiatischen Partner aufgerufen sah. Nicht zuletzt die hier auftauchende Gefahr, daß sich einige südostasiatische Volkswirtschaften noch stärker von japanischem Kapital abhängig machen könnten, hat die VR China dazu veranlaßt, ihrerseits Kapitalhilfe anzubieten.

Was, zweitens, die USA anbelangt, so laborieren sie den ASEAN-Staaten gegenüber oft gerne mit der von China ausgehenden „Gefahr“³⁷ und bieten ihnen in diesem Zusammenhang Schutz an. Gegen diese neue Variante eines von Washington betriebenen antichinesischen „Containment“ wendet sich die chinesische Propaganda neuerdings besonders entschieden und verärgert.³⁸

Verglichen mit den USA und Japan sind aus chinesischer Sicht die Versuche Rußlands und der EU, die ASEAN als Sprungbrett für ein Engagement im asiatisch-pazifischen Raum zu gewinnen, weitaus harmloser. Beim Singapur ASEAN-Gipfel von 1997 beispielsweise beschlossen die 25 europäischen und asiatischen Staaten lediglich eine engere Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft sowie noch intensivere Konsultationen bei der Bekämpfung der Kriminalität, des Rauschgiftschmuggels und der Umweltverschmutzung; für Themen dieser Art zeigte die VR China durchaus Verständnis, weniger dagegen für den auf Drängen der EU gemeinsam gefaßten Beschluß, daß Fragen der Menschenrechte künftig nicht mehr ausgeblendet, sondern auf der Tagesordnung bleiben sollen. Die auf dem Singapur Gipfel herausgegebene Gemeinsame Erklärung umfaßte ein elfseitiges Dokument, in dem es heißt, daß künftig gemeinsame Kongresse über Finanz- und Wirtschaftsfragen, über die Kooperation zwischen Universitäten, privaten Hochschulen und wissenschaftlichen Institutionen sowie Tagungen über Probleme wie Terrorismus, Rauschgiftkriminalität und Umweltschäden veranstaltet werden sollen. Ferner müsse die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EU und den ASEAN-Staaten intensiviert werden, die heute schon beträchtliche Ausmaße hat: seit 1980 beispielsweise hat sich das Handelsvolumen zwischen EU und ASEAN mehr als verfünffacht und betrug 1995 rund 135 Mrd. DM. Die südostasiatischen Länder waren 1995 bereits drittgrößter Handelspartner der EU, während Europa umgekehrt als zweitgrößter Investor in der ASEAN-Region zutage trat.³⁹ Solange die EU auch mit der VR China im Geschäft bleibt, hat Beijing gegen eine solche Kooperation der Europäer mit den Südasiaten nichts einzuwenden, zumal es zu den vielversprechenden Perspektiven wirtschaftlicher Prosperität gehört, daß in Südostasien eine Pax ASEAN entsteht.

3.3

„Maximierung der Gemeinsamkeiten, Minimierung der Konflikte!“

Li Peng wurde während seiner Reise nicht müde, immer wieder zu betonen, daß es zwischen China und den ASEAN-Ländern „keine fundamentalen Konflikte“ gebe, daß statt dessen fast in allen Bereichen „gemeinsame Interessen“ zu verzeichnen seien.

³⁷Zum Thema der „chinesischen Gefahr“ vergl. unten 3.3.1; vgl. ferner den entspr. Kommentar des US-Botschafters in China von Anfang 1997 in C.a., 1997/2, Ü 3.

³⁸Näheres dazu unten im „Partnerschafts“-Thema C.a., 1997/5, S.427-433; ferner Übersicht USA-China im vorliegenden Heft.

³⁹IHT, 14.2.97.

Es gibt aus chinesischer Perspektive politische und wirtschaftliche Gemeinsamkeiten, die vor allem langfristig - „mit Blick auf das 21. Jahrhundert“! - noch stärker herausgestellt werden sollten.

3.3.1

Gesucht: Eine gemeinsame politische Zukunft

Den ASEAN-Befürchtungen begegnete Li Peng auch bei der Malaysia-Singapur-Reise erneut mit Umarmungsgesten und mit dem Vorschlag einer „neuen zwischenstaatlichen Ordnung mit Blick auf das 21. Jh.“. Im Mittelpunkt dieser neuen Ordnung solle eine Reihe von Prinzipien stehen, für die nicht zufällig wiederum die Fünferzahl gewählt wurde: Fünf ist in ganz Asien eine magische Zahl und sie ruft i.ü. sogleich auch jene „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ in Erinnerung, die 1955 von China, Indien und Birma gemeinsam aus der Taufe gehoben wurden.

In Kuala Lumpur verkündete Li Peng in dem für seine Außenpolitik mittlerweile typisch gewordenen Ankündigungsstil Fünf Prinzipien einer neuen Südostasienpolitik, zu denen China sich fortan bekennen wolle und die er auch den ASEAN-Staaten vorschlage:

- Gegenseitiger Respekt und Gleichbehandlung: Einmischung in innere Angelegenheiten dürfe keinesfalls in Frage kommen.
- Vermehrte Dialoge und Konsultationen, sei es nun in Form von Gipfelkonferenzen oder von Gesprächen auf den verschiedensten Ebenen.
- Suche nach Entwicklungsmöglichkeiten gemäß den Prinzipien des wechselseitigen Vorteils; es sei ja vor allem die Wirtschaft, die in den internationalen Angelegenheiten eine zunehmend bedeutsame Rolle spiele.
- Gegenseitige Unterstützung und Vertiefung der Kooperation, sei es nun bei der Zusammenarbeit im UNO-, im APEC-, im ASEM- oder im ARF-Rahmen. (Mit APEC ist die 1989 gegründete asiatisch-pazifische Wirtschaftsgemeinschaft, mit ASEM das asiatisch-europäische Gespräch und mit ARF das von der ASEAN 1993 begründete Dialogforum gemeint.)
- Nicht zuletzt aber müsse man sich bemühen, die Gemeinsamkeiten zu maximieren, die Differenzen aber zu minimieren.⁴⁰

In diesem Zusammenhang erhält vor allem das von der ASEAN seit 1993 praktizierte „ASEAN Regional Forum“ immer wieder allerhöchstes Lob:

Aus der Sicht des chinesischen Außenministers Qian Qichen ist es ein geradezu ideales Forum für die Friedenswahrung.⁴¹

Auch als „ehrlicher Makler“ möchte sich China bewähren und hat sich nicht zuletzt deshalb immer wieder schlichtend in die Kambodscha-Wirren eingeschaltet.

So empfing Ministerpräsident Li Peng beispielsweise am 13. August eine Delegation unter der Leitung des kambodschanischen Parlamentspräsidenten Chea Sim, die nach Beijing gekommen war, um dort nicht nur mit der chinesischen Regierung, sondern auch mit dem dort zu einem Krankenaufenthalt weilenden König Sihanouk zusammenzukommen.

Li bot chinesische Mithilfe an, wies allerdings darauf hin, daß sich die VR China nicht in fremde Angelegen-

⁴⁰XNA, 23.8.97.

⁴¹XNA, 27.7.97.

heiten einmischen wolle und daß der Friedensprozeß in Kambodscha daher in erster Linie eine Aufgabe des kambodschanischen Volkes selbst sei.⁴²

Gleichzeitig ließ China der ASEAN höflich den Vortritt, als es galt, mit der durch den Hun-Sen-Staatsstreich vom 5./6. Juli 1997 entstandenen neuen Kambodscha-Krise fertigzuwerden.⁴³ China sagte der ASEAN in diesem Zusammenhang volle Unterstützung für Maßnahmen zur friedlichen Lösung der Krise zu, ohne daß es allerdings zu einer „Einmischung in innere Angelegenheiten“ Kambodschas kommen dürfe.⁴⁴

3.3.2

Gesucht: Auch eine gemeinsame wirtschaftliche Zukunft

3.3.2.1

Die außenwirtschaftliche Erfolgsbilanz

Nach Angaben Li Pengs erreichte das gesamte Außenhandelsvolumen zwischen China und den ASEAN-Staaten i.J. 1996 die Gesamtsumme von 20,4 Mrd. US\$ - mehr als das Dreifache gegenüber 1990. Die ASEAN sei schon heute fünftgrößter Außenhandelspartner der VR China.

Neben dem reinen Handel gelte es auch noch, die immer intensiver werdende Zusammenarbeit in den Bereichen Investitionen, Arbeit, Dienstleistungen und Technologie hervorzuheben.⁴⁵

Die ASEAN-Staaten seien gut beraten, ihre Beziehungen mit China noch weiter auszubauen; denn China biete riesige Zukunftsmärkte. Außerdem könne die Zusammenarbeit gar nicht flexibel und diversifiziert genug ausfallen.

In diesem für beide Seiten so überaus günstigen Klima trat im Februar 1997 ein „China-ASEAN Joint Operation Committee“ in Aktion, dessen Aufgabe es fortan sein sollte, wechselseitig auftretende Probleme, angefangen von Handel und Wirtschaft über Wissenschaft, Technologie und Kultur bis hin zum Informationswesen, zu Umweltfragen und zur Sozialpolitik zu erörtern.

Außenminister Qian Qichen betonte bei der „Geburts-tagsfeier“, daß dieses Gründungsereignis ein wichtiger Schritt hin zu einem umfassenden Dialog zwischen China und den ASEAN-Staaten sei.

3.3.2.2

Ein Novum in der Außenpolitik der VR China: Feuerwehrhilfe bei der Stabilisierung von ASEAN-Währungen

Aus dem Herzen gesprochen hat Li Peng vielen asiatischen Politikern offensichtlich mit der Bemerkung, daß China und die ASEAN-Staaten ihre Zusammenarbeit auch auf das finanzielle Gebiet ausweiten müßten und daß sie im Geist der Selbsthilfe versuchen sollten, „gemeinsam gegen die internationale Finanzspekulation vorzugehen“.⁴⁶

Schon vorher hatte der malaysische Ministerpräsident dieses Thema in den Mittelpunkt zahlreicher öffentlicher Auftritte gestellt und u.a. dem international bekannten Finanzspekulanten George Soros für den Verfall einiger asiatischer Währungen, u.a. des thailändischen Baht, der indonesischen Rupiah und nicht zuletzt auch des malay-

sischen Ringgit die Schuld gegeben. Soros hatte bereits einige Jahre vorher gegen das britische Pfund spekuliert und dabei eine Pfund-Krise ausgelöst, die ihm selbst rund eine Mrd. US\$ an Verdienst eingebracht hat. Nach diesen Erfahrungen gelte es, zu verhindern, daß Soros sich in ähnlicher Weise auch gegen die Währungen der südost-asiatischen Staaten vergehe.

Schon im Vorfeld des Malaysia-Besuchs war China ganz auf diese Linie Mahathirs eingeschwenkt und hatte den Internationalen Währungsfond (IWF) am 14. August durch seinen Zentralbankchef Dai Xianglong darüber informieren lassen, daß sich die VR China an der internationalen Hilfsaktion für den thailändischen Baht beteiligen und der Regierung in Bangkok eine Mrd. US\$ zur Verfügung stellen wolle. Die Milliardenhilfe zur Sanierung der thailändischen Staatsfinanzen sei wichtig für die Stabilität der asiatischen und der internationalen Wirtschaft.

Der IWF und eine Reihe ostasiatischer Staaten hatten Thailand bereits am 11. August Hilfskredite von bis zu 16 Mrd. US\$ zugesagt. Thailand selbst hatte Anfang Juli den Wechselkurs der Landeswährung Baht freigegeben, die bis dahin fest an den US-Dollar gekoppelt gewesen, dadurch aber viel zu teuer geworden war. Der Baht und eine Reihe anderer südostasiatischer Währungen hatten daraufhin massiv an Wert verloren. Nach Thailand und den Philippinen gab Mitte August auch Indonesien den Wechselkurs seiner Landeswährung frei.⁴⁷

Die Beteiligung Beijings an einem Stützkreditpaket war ein veritables Novum in der Geschichte der Bewältigung internationaler Finanzkrisen. Mitte August wurde bekannt, daß sich folgende Helfer beteiligen: IMF und Japan stellen je 4 Mrd. US\$, die ADB 1,2 Mrd., Australien, China, Hongkong, Malaysia sowie Singapur je 1 Mrd. und Korea sowie Indonesien je 500 Mio. US\$. Die Weltbank solle den verbleibenden Restbetrag von 800 Mio. US\$ zuschießen, um den Betrag auf die bei der IMF-Konferenz in Tokyo ausgehandelten 16 Mrd. US\$ aufzurunden.

Bei seinem Malaysia-Besuch betonte Li, „daß wir auch unsere Koordination und Kooperation im Bereich der Finanzen stärken müssen, um auf diese Weise die finanziellen Risiken zu mindern und eine gesunde Entwicklung der Wirtschaft zu gewährleisten“. Die chinesische Kooperationspolitik hat mit dieser Erklärung in der Tat neue Türen aufgestoßen.

⁴²XNA, 14.8.97.

⁴³Ausführlich dazu Oskar Weggel, „Kambodscha im Aufruhr: Der unruhige Sommer 1997“, in SOAa, 1997/9, S.419-430.

⁴⁴XNA, 18.7.97.

⁴⁵XNA, 29.8.97.

⁴⁶XNA, 29.8.97.

⁴⁷FT, 15.8.97.